

Middle East Council of Churches wesentlich beigetragen. Dieses Gremium ist aus einem Rat der evangelischen Kirchen der Region hervorgegangen. Nach achtjährigen Verhandlungen wurde 1974 sein Statut radikal überarbeitet: Die orthodoxe Kirche und orientalisch-orthodoxen Kirchen wurden aufgenommen; 1990 traten auch die katholischen Kirchen bei. Der MECC engagierte sich u. a. für die Aufnahme von bilateralen Dialogen, initiierte aber auch Programme wie die oben geschilderten. Ein weiterer Schwerpunkt war die Erarbeitung einer arabischen Übersetzung von Vater unser und Credo, die für alle Kirchen gelten soll. Ebenso wurde eine Bibelübersetzung erstellt. Die meisten Kirchen gebrauchen allerdings noch ihre angestammten Texte. Nur einzelne katholische Kirchen haben bisher die vorgeschlagenen ökumenischen Gebetstexte rezipiert.

Neben dem engagierten Wirken zahlreicher Personen für die Ökumene gibt es zahlreiche äußere Gründe, die die positive Entwicklung der Ökumene in diesem Teil der Welt begünstigt haben. Dazu gehört zum einen wohl das allgemeine Zusammenrücken der Konfessionen seit Beginn dieses Jahrhunderts, besonders seit der Gründung des ÖRK 1948.

Wichtig sind aber auch spezielle Faktoren: Zum einen ließ die Emigration vieler Christen aus dem Vorderen Orient nach Europa, Amerika und Australien ihre Zahl insgesamt

sinken. Sie verläuft langsam. Zuerst erreicht ein Mitglied einer Großfamilie in einem westlichen Land die Staatsbürgerschaft und jedes Jahr zieht dann ein Mitglied der Familie nach. Bisher ist keine Änderung dieser Entwicklung in Sicht. So schätzt Aram Keshishian, daß allein in der ersten Hälfte der achtziger Jahre die christliche Bevölkerung der Region um 10 Prozent zurückgegangen ist. Sehr wenige kehren zurück, sind doch die politischen Verhältnisse unstabil. Rückkehrer sind oft religiös motiviert. So finden sich unter den Mönchen der ägyptischen Wüstenklöster zahlreiche Männer, die aus Amerika und Australien gekommen sind.

Dazu kommt, daß der erstarkende islamische Fundamentalismus für die Christen in den muslimischen Ländern eine zumindest latente Bedrohung darstellt. Auch in Ländern, in denen die Christen heute verhältnismäßig frei sind, kann sich die Situation rasch wieder ändern; in Syrien beispielsweise allein durch einen Regierungswechsel. So könnte die begrenzte Freiheit wieder in Unterdrückung umschlagen.

Insgesamt sind sich die Kirchen im Nahen Osten in den letzten Jahren jedenfalls bedeutend näher gekommen, auch wenn der Weg bis zur vollen Einheit noch lange ist. Die Voraussetzungen für das gemeinsame Zeugnis der Christen im Nahen Osten haben sich aber zweifellos verbessert.

Hannes Schreiber

Die Mühen der Tiefebene

Kirchliche Spannungen und wirtschaftliche Probleme in Ungarn

Sechs Jahre nach der Wende kämpft die aus Sozialisten und Liberalen gebildete Regierung Ungarns mit einer schweren Wirtschaftskrise. Die Bürger sind mit den Auswirkungen eines umfangreichen Sparpakets konfrontiert, das den Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen soll. Die katholische Kirche, der etwa zwei Drittel der Ungarn angehören, tut sich noch immer schwer mit der veränderten gesellschaftlichen Situation und sucht mühsam einen Weg zwischen Restauration und radikaler Erneuerung.

Als im September 1995 Religionssoziologen aus Mittel- und Osteuropa in Budapest zu ihrer ersten gemeinsamen Konferenz zusammentrafen, lautete ihre einhellige Analyse: Das wachsende religiöse Interesse der Menschen in den ehemals kommunistisch regierten Ländern kommt nur zu einem kleinen Teil den institutionellen Kirchen zugute, es wendet sich zu einem großen Teil den vielen religiösen Bewegungen und Sekten zu.

Der Osten des Kontinents holt offenbar jene Entwicklung nach, die vor zwei bis drei Jahrzehnten in Westeuropa eingesetzt hat und die vom Schlagwort „Gott ja, Kirche nein“ geprägt ist (und die nach Ansicht von Religionssoziologen bereits in ihre nächste Phase getreten ist, gekennzeichnet durch das paradox klingende „Religion ja, Gott nein“).

Auch im Land der Magyaren gehen die gesellschaftlichen

und religiösen Uhren nicht anders. Die Euphorie der Wende ist der Mühsal der Ebene gewichen. Träume von einer triumphalen Wiedergeburt der Kirche nach dem Ende realsozialistischer Knebelung, von einer Kirche, die der Gesellschaft wieder den Takt vorgibt, sind an den Realitäten zerschellt.

Die starke *Feudaltradition* der katholischen Kirche in Ungarn überdauerte in Fragmenten auch die Zeit der Verfolgung. Teile des ungarischen Episkopats und des Klerus hatten daher auf die Restauration gehofft, unterstützt durch entsprechende Strömungen auf weltkirchlicher Ebene. Der Rückkehr zu vorkommunistischen Verhältnissen legten sich aber vor allem drei Kräfte in den Weg: ein Volk, das seine atheistische und materialistische Lektion besser als vermutet gelernt hat; die Politik, in der sozialistische Traditionen wie-

dererstarkt sind und liberale Gedanken ihren Platz errungen haben; Erneuerungsbewegungen in der Kirche selbst, die sich gegen den Widerstand mancher Hirten ihren Weg bahnen.

Zu jenen katholischen Bischöfen in Ungarn, die tiefgreifenden Reformen im Sinne des Zweiten Vatikanischen Konzils entschieden das Wort reden, zählt der Erzabt der Benediktinerabtei Pannonhalma, Bischof *Asztrik Várszegi*. Er erklärte im Sommer 1995 in einem Interview mit der Wochenzeitung „168 ora“ (168 Stunden), die Kirche in seinem Land müsse endlich mit feudalen Traditionen brechen. Sie müsse in ihrem Umgang mit Menschen, in ihrem Stil und Auftreten „erniedrigenden Paternalismus“ unterlassen. Der Abt-Bischof weiß, wovon er spricht, hat er doch für seine Linie schon manche Schelte des ungarischen Primas und Erzbischofs von Esztergom-Budapest, Kardinal *László Paskai*, und vom Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Erzbischof *István Seregely* (Eger), einstecken müssen.

Noch keine umfassende Aufarbeitung der Vergangenheit

Zu einer *gesamtungarischen Synode* hat sich die Kirche bisher nicht durchringen können, auch wenn in einigen Diözesen entsprechende Prozesse begonnen worden sind. Die Erzdiözese Esztergom-Budapest führte als erste in Ungarn seit dem II. Vatikanum eine Synode durch, die bereits Ende 1994 abgeschlossen wurde. Schwerpunkte des neuen Konzepts: eine stärkere Einbeziehung der Laien in kirchliche Aufgaben, eine engere Zusammenarbeit zwischen Priestern und Laien, Ausbau der Seelsorge für Minderheiten, Flüchtlinge und Randgruppen der Gesellschaft, stärkeres soziales und karitatives Engagement. Da der ungarische Klerus völlig überaltert ist – die meisten Priester sind älter als 60 und die mittlere Generation von Priestern fehlt fast völlig –, bleibt der Kirche kaum eine andere Möglichkeit als der Rückgriff auf die Laien.

Manche ungarische Theologen zweifeln, ob die Analysen und Reformansätze, die sich von seiten der Kirchenführung abzeichnen, tiefgreifend genug sind. Die heutige Bevölkerung Ungarns habe eine völlig andere Denkweise als die vor 30 oder 40 Jahren, stellt etwa der Theologe *György Benyik* fest. Wenn man diese Denkweise nicht ernstnehme oder hochmütig verurteile, könne man den Menschen das Evangelium nicht nahebringen. Man müsse im Gegenteil die Lebensweise der heutigen Menschen kennen und verstehen lernen, erst dann könne man ihnen die christliche Botschaft vermitteln.

Benyik plädiert dafür, die Werte „messianischer Bewegungen, die die Verbesserung der Welt zum Ziel haben“, einschließlich der Aufklärung, nicht zu verwerfen, sondern aufzugreifen. Die Kirche dürfe nicht von einer „Konfrontation mit der Welt“ ausgehen, sondern müsse ihre gesellschaftlichen Wurzeln erkennen. Jede Kultur enthalte Werte, die die

kirchliche Kultur befruchten können. Der Theologe will eine Erneuerung der Kirche nach urchristlichem Vorbild. Die urchristliche Gemeinde von Korinth etwa habe vieles aus der dortigen Gesellschaft aufgegriffen, was ihr positiv erschien, etwa die Gleichstellung der Frau.

Die Erklärungen der Ungarischen Bischofskonferenz lassen von dieser offenen Haltung gegenüber der heutigen ungarischen Gesellschaft wenig spüren – etwa, wenn sie in der Frage der wiederverheirateten Geschiedenen das strikte Nein Roms bekräftigen. Von zeitgenössischen Überlegungen zur Frauenfrage ganz zu schweigen.

Wie in den meisten anderen ex-kommunistischen Ländern ist auch in Ungarns Kirche noch kaum deutlich geworden, wie die Erfahrungen und Leiden aus der Zeit der Verfolgung für die Gegenwart und Zukunft fruchtbar gemacht werden können. Das liegt unter anderem daran, daß sich die Kirche einer Aufarbeitung der Vergangenheit nach wie vor verweigert. Bisher ist es in Ungarn zu keiner umfassenden und systematischen Aufarbeitung der Tätigkeit des kommunistischen Geheimdienstes und seiner – freiwilligen oder unfreiwilligen – Kollaborateure gekommen, auch nicht auf staatlicher Seite. Als das Verfassungsgericht vor einem Jahr vorschlug, im Rahmen eines „Agentengesetzes“ sollten auch führende kirchliche Persönlichkeiten auf mögliche Kollaboration mit dem früheren Regime überprüft werden, blockte die Kirchenführung ab.

Eine Durchleuchtung kirchlicher Verantwortungsträger müsse Angelegenheit der Kirche selbst bleiben, hieß es. Der ehemalige Botschafter Ungarns am Vatikan, *Sándor Keresztes*, meinte gar, durch die Trennung von Kirche und Staat habe der Staat kein Recht, ohne Einwilligung des Vatikans von den Kirchenoberen eine Offenlegung ihrer Vergangenheit zu verlangen.

Daß genügend Aufklärungsbedürftiges vorhanden wäre, machte der im April 1994 verstorbene Bischof *József Cserhádi* von Pécs deutlich. Er war 19 Jahre Sekretär der Bischofskonferenz und saß so an einer Nahtstelle zwischen den KP-Diktatoren und der Kirche. In seinem letzten Interview kurz vor seinem Tod, aufgezeichnet vom ORF, bekannte er, die Bischofskonferenz sei vom Staatlichen Kirchenamt völlig kontrolliert und gelenkt gewesen.

Was und wie etwas behandelt wurde, legten die kommunistischen Machthaber im vorhinein fest. „Wir waren weisungsgebunden. Das war das Schändlichste, was mit uns geschah. Die Bischofskonferenz war nicht frei, ich war nicht frei“, so Cserhádi. Man habe von ihnen verlangt, „zu Dingen ja zu sagen, die nicht hätten geschehen dürfen“. Bischofskonferenz und Bischofsresidenzen seien durchgängig abgehört worden. In jedem bischöflichen Sekretariat sei mindestens ein Spitzel eingeschleust gewesen.

Die Staatsbehörden veranlaßten die Bischöfe auch zur Strafversetzung von besonders aktiven und vor allem bei der Jugend erfolgreichen Priestern, plauderte Cserhádi als erster ungarischer Bischof öffentlich aus der kommunistischen Machtküche. Obwohl die Bischöfe solche Maßnahmen in

ihrem Gewissen nicht hätten rechtfertigen können, hätten sie dem Druck nachgegeben. Es sei ihnen auch nicht viel anderes übriggeblieben, da den betroffenen Priestern ansonsten Predigt- oder gar Amtsverbot erteilt worden wäre. Eine Ausnahme seien die rund 300 bis 400 staatstreuen „Friedenspriester“ gewesen. Jene Bischöfe aus dieser Ära, die noch heute im Amt sind, hüllen sich in Schweigen: kein Wort der Entschuldigung, kein Schuldeingeständnis, keine Offenlegung der Vorgänge.

Kirchliche Schwierigkeiten mit dem liberalen Koalitionspartner

Der mangelnde Wille zur Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit zeigt sich besonders am Fall des Piaristenpaters *György Bulányi* und seiner Basisbewegung „Bokor“. *Bulányi*, unter dem KP-Regime mehr als ein Jahrzehnt in Haft, trat entschieden für das Recht auf Wehrdienstverweigerung ein. Das Regime verlangte in den achtziger Jahren von den Bischöfen, Maßnahmen gegen *Bulányi* zu setzen. Die Bischofskonferenz erklärte daraufhin, es sei moralische Pflicht eines jeden wehrpflichtigen ungarischen Katholiken, seinen Militärdienst abzuleisten.

Für die „Bokor“-Bewegung, aus deren Mitgliedern viele wegen Wehrdienstverweigerung ins Gefängnis gegangen waren, war diese Erklärung der Bischöfe inakzeptabel. *Bulányi* vertrat die Ansicht, man müsse den Bischöfen unter diesen Umständen keinen Gehorsam leisten, da sie in ihren Entscheidungen nicht frei seien. Besonders der damalige Primas, Kardinal *Lékai*, fühlte sich in seiner Autorität gekränkt, er leitete ein Verfahren gegen *Bulányi* bei der Glaubenskongregation ein. Es kam zu keiner Verurteilung des Piaristenpaters, doch sollte er eine Zwölf-Punkte-Erklärung unterzeichnen. Der Geistliche tat dies auch, aber unter Hinzufügung einer Aussage des II. Vatikanums zur Gewissensfreiheit. Die Bischöfe akzeptierten dies nicht. *Bulányi* wurde verboten, als Priester öffentlich zu wirken.

Bis heute ist die Bischofskonferenz nicht bereit, die Sache zu bereinigen. Das Wirkverbot gegen *Bulányi* ist fünf Jahre nach der Wende noch immer aufrecht. Erzbischof *Seregely* schiebt als Vorsitzender der Bischofskonferenz den Ball immer wieder Rom zu, obwohl der Vatikan mehrfach deutlich gemacht hat, die Sache sei innerungarisch zu klären.

Die „Bokor“-Bewegung mit ihrem vom Urchristentum inspirierten basiskirchlichen Engagement wird noch immer als „antikirchlich“ verdächtigt, ihre Mitglieder werden als „Sektierer“ hingestellt. Der Bitte *Bulányis* nach einer offenen Aussprache wird nicht stattgegeben. Statt dessen hält man den Vorwurf aufrecht, er weiche in seinen Werken von der kirchlichen Lehre ab.

Auch wenn die „Bokor“-Bewegung nur eine kleine Gruppe innerhalb des ungarischen Katholizismus ist, die Weigerung der Kirche, sich mit der eigenen Vergangenheit offen ausein-

anderzusetzen, schafft ein Glaubwürdigkeitsdefizit. Bischof *Cserháti* meint dazu in seinem letzten Interview: Solange Fehler und Versäumnisse nicht eingestanden werden, werde die Kirche in der Gesellschaft nicht jenes Verständnis finden, das sie brauche. Wenn die Kirche ihre eigenen Angelegenheiten nicht in Ordnung bringen kann, wie soll sie Lösungen in gesellschaftlichen Fragen anbieten können, so *Cserháti*.

Die Schwierigkeiten der ungarischen katholischen Kirche, in der Öffentlichkeit Akzeptanz zu finden, sieht auch der Sekretär der Bischofskonferenz. Weihbischof *Csaba Ternyák*. Die Mehrheit der ungarischen Bevölkerung wolle nicht, daß die Kirchen eine aktive Rolle in der Öffentlichkeit spielen. Religiosität werde als „rein private Angelegenheit“ betrachtet, die innerhalb der Kirchenmauern ihren Platz hat. „Jede Verschiebung der Position nach außen, hinaus aus dem Ghetto, wird als unangemessene Einflußnahme zurückgewiesen“, so *Ternyák*.

Diese Haltung weiter Teile der Bevölkerung bereitet den Kirchen auch Schwierigkeiten bei ihren Bestrebungen, von den Kommunisten beschlagnahmtes *Eigentum* zurückzuerhalten bzw. dafür entschädigt zu werden. Dasselbe gilt für Fragen der staatlichen Mitfinanzierung konfessioneller Schulen. Die Probleme verschärften sich, als bei den Parlamentswahlen im Mai 1994 das regierende konservative Ungarische Demokratische Forum (MDF) einen Absturz von 164 auf 37 Mandate erlebte und die Sozialistische Partei (MSZP) im Gegenzug als klarer Sieger hervorging. Sozialistenführer *Gyula Horn* bildete mit dem liberalen Bund Freier Demokraten (SZDSZ) eine Regierungskoalition.

Wie sich bald herausstellte, hatten die christlichen Kirchen weniger die aus der kommunistischen Partei hervorgegangenen Sozialisten zu fürchten als vielmehr die *Liberalen*. Die frühere konservative Regierung hatte noch im Frühjahr 1994 eine Vereinbarung mit den religiösen Gemeinschaften Ungarns unterzeichnet, die für die nächsten 20 Jahre die staatliche Finanzierung konfessioneller Schulen garantierte. Die Zahl konfessionell geführter Kindergärten und Schulen ist von acht während der kommunistischen Zeit auf mehr als 200 gestiegen, das sind rund vier Prozent dieser Einrichtungen. In den Schulen wird fakultativ Religionsunterricht angeboten, die Lehrer werden vom Staat bezahlt.

Der neue von den Liberalen gestellte Erziehungsminister *Gábor Fodor* strebte eine Kürzung der Zuschüsse an die konfessionellen Schulen und eine Ausgliederung des Faches Religion aus dem Fächerkanon an (Religionsstunden sollen vor oder nach der regulären Unterrichtszeit gehalten werden, Religionslehrer nicht mehr Mitglieder des Lehrkörpers sein). Die Bischöfe der katholischen, der reformierten und der lutherischen Kirche legten in einem gemeinsamen Brief heftigen Protest gegen diese Bestrebungen ein. Regierungschef *Horn* lenkte ein.

Der Ökumenische Rat der Kirchen in Ungarn spricht von „Kulturkampf“ der Liberalen gegen die Kirche. Die christlichen Kirchen betrachten auch mit Sorge, daß unter den 56 staatlich eingetragenen Religionsgemeinschaften rund ein

Drittel Vereinigungen sind, die im Westen eindeutig als Sekten eingeordnet werden. Die Eintragung erfolgt auf der Basis des Vereinsgesetzes: Die Gemeinschaften müssen mindestens hundert Mitglieder nachweisen, über Statuten und eine Organisationsstruktur verfügen und dürfen in Struktur und Tätigkeit nicht gegen die Verfassung verstoßen.

Etwa die Hälfte der religiösen Gemeinschaften erfüllt die Bedingungen für finanzielle Förderung durch den Staat für karitative, gesellschaftliche und kulturelle Projekte oder für den Religionsunterricht. Von den zehn Millionen Ungarn bekennen sich 6,5 Millionen zur römisch-katholischen Kirche, zwei Millionen sind Reformierte, 430 000 Lutheraner, 273 000 Mitglieder zählt die griechisch-katholische Kirche, 80 000 sind Juden. Die Liberalen verteidigen die Praxis, Sekten den historischen Religionsgemeinschaften gleichzustellen: Der Staat müsse sich jeglicher weltanschaulicher Diskriminierung enthalten, so ihr Argument. Es gehen Gerüchte um, einige SZDSZ-Politiker seien Sekten-Mitglieder.

Die Restitution beschlagnahmten Kircheneigentums war vorübergehend ins Stocken geraten. In einer ersten Phase waren 1991 den Religionsgemeinschaften rund 1200 der 10 000 enteigneten Gebäude und Besitzungen zurückgegeben worden. Ministerpräsident Horn und die betroffenen Kirchen vereinbarten, bis Ende November 1995 ihre Listen mit jenen Gebäuden vorzulegen, die sie noch zurückhaben bzw. abgelöst haben wollen. Der Staatssekretär für religiöse Angelegenheiten, *István Platty*, spricht von rund 4200 Gebäuden. Ungarn erklärte sich zuletzt auch bereit, jüdischen Besitz, der während des Zweiten Weltkriegs beschlagnahmt wurde, zurückzugeben oder abzulösen.

Die gesamte Restitutionsfrage soll nach dem Plan der Regierung bis 2001 über die Bühne sein. Zurückgegeben werden nur Immobilien, die die Kirchen für pastorale, soziale oder kulturelle Zwecke verwenden. Der katholische Bischof von Szeged, *Endre Gyulay*, sieht den Zeitplan allerdings gefährdet. Die heutigen Benutzer würden immer höhere Kompensationszahlungen für ihre Aussiedlung verlangen.

Die Kirchenfinanzierung soll insgesamt auf eine ganz neue Basis gestellt werden. Eine gemischte Staat-Kirchen-Kommission soll verschiedene Modelle prüfen und ein geeignetes ausverhandeln, das Kirchenbeitrag, Kompensationszahlungen und sonstige Förderungen umfaßt. So wichtig Kirchenfunktionären Fragen der Finanzierung scheinen mögen, die Zukunft der christlichen Kirchen in Ungarn wird sich nicht daran entscheiden. Bei einer Tagung der katholischen Bewegungen und Verbände wurde deutlich, eine der Hauptaufgaben der Seelsorge wäre die Sorge um die Fernstehenden, die „am meisten vernachlässigten Schichten“ der Bevölkerung. In den riesigen und meist tristen Wohngroßsiedlungen am Rande der Städte ist die Kirche kaum präsent. Die Menschen erwarten aber Antworten auf ihre seelischen, sozialen und materiellen Nöte.

Im Juni dieses Jahres wird Johannes Paul II. zum zweiten Mal nach 1991 Ungarn besuchen. Anlaß ist das 1000-Jahr-Jubiläum der Benediktinerabtei Pannonhalma (sie wurde

1996 vom hl. Adalbert von Prag gegründet). Es fällt mit dem 1100-Jahr-Jubiläum der Landnahme Pannoniens durch die Magyaren zusammen. Abt-Bischof Várszegi hat zu dem Anlaß auch den orthodoxen Moskauer Patriarchen Aleksij II. eingeladen. Endgültig ausverhandelt ist der West-Ost-Kirchengipfel noch nicht. Sollte das russisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt anreisen, wird die Papstvisite hauptsächlich im Zeichen der katholisch-orthodoxen Begegnung stehen. Wesentliche innerkirchliche Reformimpulse erwarten Realisten von dem Besuch nicht.

Große Teile der Bevölkerung des Landes quälen derzeit andere Sorgen. Ihr Kampf ums tägliche Leben – Arbeitsplatz, Wohnung, finanzielles Auskommen – ist härter geworden. Ministerpräsident Horn verordnete im März 1995 dem Land ein Sparprogramm. Ungarn steckt in einer veritablen Wirtschaftskrise, auch wenn es im Vergleich mit anderen ehemaligen Ostblock-Ländern noch gut dasteht. Der Staatshaushalt wäre im Grunde ausgeglichen, wären nicht die Zinsen für die Staatsschulden derart hoch, daß die jährliche Neuverschuldung bereits rund zehn Prozent des Brutto-Inlandsprodukts ausmacht.

Das „Sparpaket“ klingt westlichen Ohren wohlvertraut: Reallohnsenkungen und 15prozentiger Stellenabbau im öffentlichen Dienst, Zahlung von Familienbeihilfen und Kindergeld nur noch in sozial begründeten Fällen, Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Erhebung einer Studiengebühr von monatlich 2000 Forint (umgerechnet rund 23 DM). Dazu kommt eine Abwertung des Forint um knapp 20 Prozent im Jahr 1995.

Doch schon „Licht am Ende des Tunnels“?

Da das Verfassungsgericht manche Maßnahmen wegen fehlender Übergangsregelungen für gesetzeswidrig erklärte, tritt das rigorose Sparprogramm erst mit 1. Januar dieses Jahres voll in Kraft. Die Maßnahmen im Sozialbereich treffen die meisten Ungarn hart. Lehrer, Gesundheitsbedienstete und die Studenten reagierten mit Streiks und Protesten. Insgesamt sechs Minister verließen im Laufe des Jahres 1995 die Regierung, hauptsächlich wegen Differenzen um das „Sparpaket“. Immer wieder war von Regierungs- und Koalitionskrisen die Rede. Beim Parteitag der Sozialisten Ende November probte der linke Parteiflügel den Aufstand, die Mehrheit der Delegierten stellte sich dennoch hinter Parteichef Horn. In den Umfragen stürzten die Sozialisten wie auch Horn allerdings ab.

Scharfe Kritik an den „unsozialen“ Maßnahmen des Kabinetts Horn kam auch von seiten der Kirchen. Man stelle nicht die Notwendigkeit von Einsparungen in Frage. Es sei aber untragbar, gerade den Familien und den sozial Schwachen die Lasten der Sanierung des Staatshaushaltes aufzubürden, erklärte die Bischofskonferenz. Die Kommission „Iustitia et Pax“ kritisierte, daß nicht gleichzeitig wirksame Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung, Wirtschaftskrimi-

nalität und Korruption ergriffen werden. Firmen wirtschaften oft ohne Buchhaltung, Privatkosten werden von Unternehmern zum Großteil als Firmenkosten abgeschrieben. Dem Staat entgehen so Millionen.

Wie zu Zeiten des „Gulasch-Kommunismus“ blüht die *Schattenwirtschaft*. Dazu muß allerdings festgehalten werden: Ohne ihre Nebeneinkünfte aller Art hätten die Ungarn in KP-Zeiten nicht das Auslangen gefunden – und sie würden es auch heute nicht finden.

Der Ministerpräsident ruft die geplagten Bürger zum Durchhalten auf und verweist auf die seit Jahren erstmals wieder wachsende Wirtschaft (+2 Prozent 1994). Weiter lockt er mit dem Eintritt in die „Wohlfahrtsparadiese“ OECD (noch 1996) und EU (bis zur Jahrtausendwende). Den Pensionisten, die im Schnitt zwischen 20 000 und 25 000 Forint (an die 300 DM) Pension erhalten, sind solche Zukunftsversprechen eine dürftige Überlebenshilfe.

Entschieden befürwortet die Regierung einen NATO-Beitritt in absehbarer Zeit. Die nicht im Parlament vertretene Arbeiterpartei erreichte mit einem Volksbegehren, daß bis zum März dieses Jahres in einer Volksabstimmung über einen möglichen NATO-Beitritt abgestimmt werden muß.

Als Fels in der politischen Brandung betrachten die Ungarn Staatspräsident *Arpad Göncz*. Er wurde 1995 vom Parlament für weitere fünf Jahre in dieses Amt gewählt. Göncz ist seit fünf Jahren der mit Abstand beliebteste Politiker des Landes. Der 73jährige Dichter und „Schöngeist“ gilt den meisten Bürgern als „unbeugsamer Wächter der Demokratie“ und als guter Vermittler zwischen Regierung und Volk. Im Gegensatz zu den meisten seiner Nachbarländer hat Ungarn in der *Minderheitenpolitik* hohen Standard erreicht. Es ratifizierte als viertes von 27 Unterzeichnerländern die Minderheitenschutz-Konvention des Europarates. Es hat sich damit verpflichtet, Minderheiten sozial, politisch und kulturell zu fördern. Nach der Konvention sollen Minderheiten eigene Schulen einrichten können und Zugang zu den Medien haben. Namens- und Ortsschilder in den von Minderheiten bewohnten Regionen sollen in ihrer Sprache verfaßt sein können.

Das neue ungarische *Wahlgesetz* ermöglicht den Minderheiten die Wahl von Selbstverwaltungen, die in den lokalen Verwaltungen in Kultur- und Bildungsbelangen ein Mitspracherecht haben. Manche Minderheitenstimmen verlangen zusätzlich eine Direktwahl von Minderheitenvertretern ins Parlament. Die Zahlenangaben über die einzelnen Minderheiten schwanken. Nach Schätzungen des Europarats leben in Ungarn rund 500 000 Roma und Sinti, 200 000 Deutsche, 110 000 Slowaken und kleinere Gruppen von Serben, Kroaten, Slowenen, Bulgaren, Armeniern und anderen.

Sorgen bereitet der ungarischen Regierung die Lage ungarischer Minderheiten in der Slowakei, Rumänien und in der serbischen Vojvodina. Die nationalistisch orientierte Regierung in Preßburg erließ im Herbst vergangenen Jahres ein restriktives Sprachengesetz, das der ungarischen Minderheit den Gebrauch ihrer Muttersprache drastisch einschränkt.

Orientierung und Meditationen für jeden Tag

Johannes Paul II.



**Aus der Kraft
der Hoffnung leben**

Jahreslesebuch

Herder

**Das Jahreslesebuch
von Papst
Johannes Paul II.**

Mit einem Vorwort von
Joseph Kardinal Ratzinger

NEU

400 Seiten, gebunden
mit Schutzumschlag,
DM 34,- /öS 265,- /SFr34,-
ISBN 3-451-23773-3

Dieses Buch bietet im bewährten Konzept des Jahreslesebuchs einen Text für jeden Tag des Jahres. Kernaussagen des Papstes aus der Zeit seines Pontifikats, aber auch aus den Jahren davor begleiten den Leser durch das Jahr. Themen dieses Buches sind die Verbundenheit mit Gott im Gebet; die Wahrnehmung Jesu als Mensch und als Christus; Maria; die Eucharistie; die Scheidung der Geister in der verwirrenden und verführerischen Fülle von heute und vieles mehr. Tag für Tag wird dem Leser ein Text zur Orientierung in die Hand gegeben, der ihm sicheres Geleit, hoffende Zuversicht und spirituellen Halt vermittelt.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

In Rumänien, wo rund 1,6 Millionen Ungarn leben, hat vor allem ein neues Unterrichtsgesetz Proteste der Minderheiten ausgelöst. Es erlaubt Unterricht in einer anderen Sprache als Rumänisch nur mehr in Grund- und Mittelschulen, nicht mehr aber in Berufsschulen und Universitäten. Vertreter der Ungarn in Rumänien deponierten daraufhin beim Europarat knapp eine halbe Million Protestunterschriften. Nationalistische Kreise in Rumänien malen nach wie vor die Gefahr an die Wand, Ungarn wolle territoriale Ansprüche auf Siebenbürgen erheben. Budapest ist um moderate Töne bemüht. Ein Grundlagenvertrag wie mit der Slowakei ist aber mit Rumänien noch nicht zustandegekommen.

Verschärft hat sich in den vergangenen Monaten die Lage in der Vojvodina. Von den rund 160 000 Serben, die im Zuge der kroatischen Offensive aus der Krajina flohen, wurden mehr

als 100 000 in der Vojvodina angesiedelt. Die ethnische Zusammensetzung in Dörfern und Regionen, die mehrheitlich von Ungarn bewohnt waren, hat sich stark verändert. Es kam auch zu Vertreibungen von Ungarn aus ihren Wohnungen und Häusern. Die Arbeitslosenrate stieg regional stark an.

Budapest hofft, daß sich die Lage im Zuge des Friedensvertrages für Bosnien entspannt. Schätzungen zufolge brachte das Embargo Ungarns Wirtschaft einen Schaden von zwei Milliarden Dollar, obwohl der Schwarzhandel an der ungarisch-serbischen Grenze blühte. Durch die Aufhebung des UNO-Embargos gegen Rest-Jugoslawien erwartet man sich auch einen wirtschaftlichen Wiederaufschwung auf beiden Seiten. „Licht am Ende des Tunnels“, das Regierungschef Horn seinen Landsleuten jüngst wortreich herbeigeredet hat?

Josef Pumberger

Bislang nicht gescheitert

Südafrika auf dem Weg zur Demokratie

Trotz aller Schwierigkeiten des Übergangs vom Apartheidsregime zur Demokratie ist es in Südafrika in den letzten anderthalb Jahren ruhig und friedlich geblieben. Allerdings sind noch etliche Lasten der Vergangenheit zu bewältigen, und der von der Bevölkerung erhoffte wirtschaftliche Aufschwung läßt auf sich warten. Schon jetzt richtet sich der Blick auf die Zeit nach Nelson Mandela, der bei den Präsidentschaftswahlen 1999 nicht mehr antreten wird.

Am 1. November 1995 durften in Südafrika zum zweiten Mal in der Geschichte des Landes alle Menschen gleich welcher Hautfarbe zu den Wahlurnen schreiten. Bei den ersten demokratischen Wahlen im April 1994 wurden das nationale Parlament und die neun Provinzparlamente gewählt, bei den Kommunalwahlen im November 1995 waren jetzt die Stadt- und Gemeinderäte in rund 700 Wahlbezirken an der Reihe. Bislang waren die Gemeinden von nach Absprache der Parteien ernannten Übergangsräten verwaltet worden. Der Ausgang der Kommunalwahlen wurde im Vorfeld gemeinhin als Urteil über die Politik der Regierung des ANC und Nelson Mandelas gesehen. Der ANC bezeichnete sie während des Wahlkampfes gar als die „dritte Säule der Befreiung“ (nach den Parlaments- und Provinzwahlen), um die schon jetzt wahlmüden Südafrikaner zur Wahl zu motivieren.

Bei den Nationalwahlen hatte der ANC die Zweidrittelmehrheit nur knapp verfehlt. Zusammen mit der Nationalen Partei und der Inkatha Freedom Party bildet er seitdem die Regierung der Nationalen Einheit. Allen warnenden und pessimistischen Stimmen zum Trotz ist es in Südafrika in den vergangenen anderthalb Jahren erfreulich ruhig und friedlich geblieben. Die Regierung der Nationalen Einheit ist nicht auseinandergebrochen, die wirtschaftliche Lage hat

sich leicht konsolidiert. Kurz: Südafrika ist auf seinem Weg von der Apartheid zur Demokratie – zunächst – nicht gescheitert.

Schritte zur nationalen Versöhnung

Der Nationale Versöhnungsgottesdienst am 8. Mai 1994 im Anschluß an die ersten Wahlen deutete an, in welchem Geiste zumindest Nelson Mandela die neue Regierung zu führen gedachte: Am Aufbau des neuen Südafrika sollen alle Menschen ungeachtet ihrer Hautfarbe und ungeachtet ihrer bisherigen politischen Überzeugung teilnehmen. Mandela – schon während der Jahrzehnte seiner Haft zur Integrationsfigur geworden – suchte als der erste schwarze Präsident des Landes das Gespräch mit allen politischen Gruppierungen. Seinen Gegner Mangosuthu Buthelezi ernannte er zum Innenminister und band ihn damit in den politischen Prozeß ein; er besuchte sogar die Witwe des Apartheidarchitekten Hendrik French Verwoerd in ihrer „weißen“ Enklave Orania. Sein großes Entgegenkommen besonders gegenüber der weißen Rechten stieß zwar auf einige Kritik; dennoch hat er bei seinen Anhängern weder an Ansehen noch an Autorität verloren.